

Essay

**Niemand hat die Absicht,  
Studiengebühren einzuführen!**

**Mauern baut auch keiner.**

von

Mike Friedrich

2006

Dieses Essay beschäftigt sich mit dem komplexen Thema der Studiengebühren, soll kritisch das für und wider gegeneinander abwägen. Ich werde mich der empirisch-analytischen Methode bedienen um schließlich zu ergründen, ob Alternativen möglich sind.

Wenn man Studierende zum Thema Bezahlstudium fragt, bekommt man zum großen Teil die Ablehnung zu spüren. Sie bemängeln dabei, dass die Grundidee des Studierens angegriffen, langfristig sogar abgeschafft wird und die soziale Auslese damit verbunden ist, und die Finanzierung der Hochschulen durch die Gelder der Studiengebühren damit auch nicht gesichert sei. Die Fragestellung muss daher lauten: Wollen wir ein marktgesteuertes oder ein politisch verfasstes Bildungssystem?



Weitere Fragen sind damit verbunden. Haben wir die Möglichkeit zu einem sozial gerechten Studium, der Grundidee verpflichtet, zurückzukehren? Wird durch die Einführung von Studiengebühren die soziale Selektion im Bildungswesen ausgedehnt? Gibt es Wege den allgemeinen Sozialabbau aufzuhalten und alternative Ideen hin zu einer "besseren", sozial gerechten Gesellschaft?

Ökonomisierung hat immer eine Rolle gespielt, aber niemals eine so bedeutende wie in der Gegenwart, die aus allem Profit machen soll, es geradezu der "Effizienz" und "Produktivität" zu unterwerfen. Die

Studiengebühren sind nur ein kleiner Teil des ganzen Systems. Wir haben seit Monaten anhaltende Proteste und Demonstrationen in Hessen - größtenteils gut besucht - die nicht nur diejenigen betreffen die momentan studieren, sondern auch diejenigen die vorhaben zu studieren. Doch dies soll nur ein kleiner Ausflug in die weitreichende Bedeutung von Studiengebühren, und allgemeinen gesellschaftlichen Veränderungen.

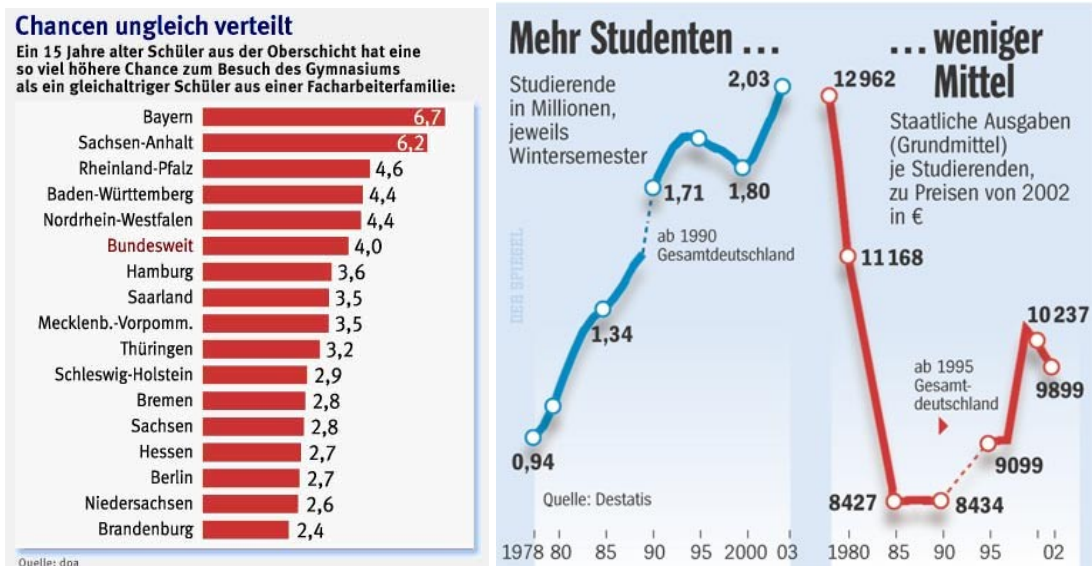
Im folgenden möchte ich zielorientiert auf die Argumentation eingehen. Bisherige Entwürfe zu Studiengebühren sehen vor, entgegen der hessischen Landesverfassung, in der ein Bezahlstudium ausgeschlossen ist (in Deutschland einmalig), zu wirken und zu einem Bildungssystem "Wie zu Kaisers Zeiten" zurückzukehren. Dort war es nämlich üblich und vollkommen normal, für ein Studium zu bezahlen. Das selbe galt nicht nur für diese schulische Ausbildung, sondern auch für die betriebliche Ausbildung – woher der Begriff Lehrgeld stammt. Ich möchte jetzt zur Argumentation übergehen.

## Argument I:

### Studiengebühren sind gerecht!

Gebührenbefürworter bringen das Argument, dass Studiengebühren aus Gründen der sozialen Verträglichkeit unbedingt notwendig seien, da die öffentlichen Hochschulen steuerfinanziert sind, und dies überwiegend von den unteren- und mittleren Einkommensgruppen erbracht wird, während im Gegensatz dazu die oberen Schichten durch das Studium den Nutzen davon hätten.

An diesem zynischen Argument lässt sich erkennen, dass hier eine scheinbare Umverteilung von oben nach unten gefordert wird. Aber es ist wichtig zu erkennen, dass durch die privat aufgebrauchten Finanzen für ein Studium letztlich die Umverteilung von unten nach oben fortgesetzt wird. Die Studierenden aus der gehobenen und oberen Schicht hätten mit der Privatfinanzierung eines Studiums kein Problem. Aber die Studierenden der mittleren und unteren Schicht können sich die Gebühren oft gar nicht leisten. Eine Ungerechtigkeit an den Hochschulen und im Bildungsbereich ist die Folge. Die Gebührenbefürworter stellen sich aber mit dem Argument als wahre Vertreter von Chancengleichheit dar.



## Argument 2:

Studiengebühren sind sozial verträglich!

Gebührenbefürworter geben mit dem Argument, dass die Vorteile von Studiengebühren überwiegen, solange Studiengebühren, mit einem gerechten Finanzierungssystem verbunden sind. Derzeit wird von der hessischen Landesregierung behauptet, dass man dafür Sorgen werde, dass Studiengebühren sozial gerecht bzw. sozial verträglich werden.

Überall dort, wo bereits Studiengebühren eingeführt wurden, konnten nachweisliche Fehler und Lücken in der Argumentation bzw. in der Ein- und Durchführung von Studiengebühren aufgezeigt werden. Die Einführung von Studiengebühren in den hessischen Nachbarländern, zeigt, dass meist Studierende aus den unteren Schichten in Länder umziehen, die keine Studiengebühren haben, und versuchen sie damit zu umgehen. Die Argumentation der hessischen Landesregierung, dass durch Studiengebühren weitere Einnahmequellen für die unterfinanzierten Hochschulen entstehen würden, muss damit widerlegt werden, dass *zum ersten* die Landesregierung unter Koch sehr wahrscheinlich das Geld dazu verwenden wird, das Haushaltsloch auszugleichen, *zum zweiten* kann man sicher davon ausgehen, dass die Subventionen der Hochschulen verringert werden, wodurch die Einnahmen bzw. die Finanzierung der Hochschulen weiter unsicher bleiben, während die Elite-Hochschulen in umfangreichem Maß bezuschusst werden, *und zum dritten* wird die Regierung versuchen durch die Integration von Unternehmen an den Hochschulen dort die Finanzierung und die Marktorientierung zu beschleunigen, womit die Hochschulen zu Unternehmen und die Studierenden zu Kunden gemacht werden sollen.

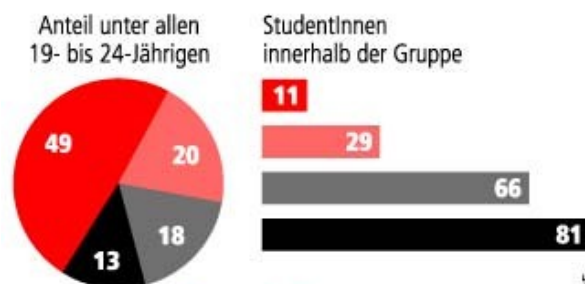
Das Argument der sozial verträglich Studiengebühren ist zum Dreh- und Angelpunkt mutiert. Das Aktionsbündnis gegen Studiengebühren hat dazu eine treffende Formulierung gefunden: „[...]“, dass sozialverträgliche Studiengebühren ein Widerspruch in sich sind. Die Begründung dafür lautet, dass alle Studiengebührenvarianten ausnahmslos Bildungsbeteiligung mit der so genannten Primärverteilung des Sozialproduktes verkoppeln. Diese ergibt sich aus der jeweiligen Stellung der einzelnen Menschen im System der gesellschaftlichen Produktion und spiegelt folglich dessen strukturelle Ungleichheiten wider. Die Primärverteilung des Sozialproduktes ergibt sich im Wesentlichen aus den Arbeits-einkommen [...] sowie aus den Einkommen aus Kapital und Vermögen [...]. Die diversen juristischen Einkommensarten sind folglich auf die ökonomischen Grundkategorien Arbeit und Kapital rückführbar. [...]“ (S. 10, Argumente gegen Studiengebühren, Schriftenreihe des ABS, Heft 2, 6. Auflage, Juni 2005)

### Bildungsvergleich



### Massive Schieflage

Soziale Herkunft\* der 19- bis 24-jährigen StudentInnen 2000 (in Prozent)



soziale Herkunft ■ niedrig ■ mittel ■ gehoben ■ hoch

\* Das Kriterium soziale Herkunft berücksichtigt die berufliche Stellung, den höchsten berufsqualifizierenden und den höchsten allgemeinbildenden Abschluss der Eltern.

Quelle: 17. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks

### Argument 3:

#### Studiengebühren sind international üblich!

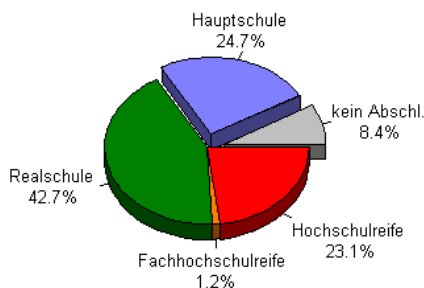
Gebührenbefürworter geben mit dem Argument, dass aus internationaler Konkurrenz- und Wettbewerbsunfähigkeit Studiengebühren notwendig sind, gezielt falsche Informationen aus. Es wird behauptet, dass es in international vergleichbaren Ländern unlängst Studiengebühren gäbe, und Deutschland eine Sonderrolle hätte.

Es gibt Langzeitstudiengebühren, die bei Überschreitung der Regelstudienzeit greifen. Dazu gibt in sieben bzw. neun von sechzehn Bundesländern Planungen, Studiengebühren zu erheben. International gilt: „In Wahrheit werden aber nur in knapp der Hälfte von zwanzig untersuchten westeuropäischen Ländern Studiengebühren erhoben.“ (S. 28, Argumente gegen Studiengebühren, Schriftenreihe des ABS, Heft 2, 6. Auflage, Juni 2005) Außerdem gibt es länderspezifische Unterschiede von Studiengebühren, wo man als Vergleich Großbritannien und Australien nennen kann.

Weiterhin ist es nur sinnvoll, sich internationalen Standards anzupassen, wenn sich diese positiv auswirken wie folgende Beispiele zeigen. In Finnland wurde 1997 erstmals die generelle Studiengebührenfreiheit staatlich festgeschrieben, was zur Folge hatte, dass die Studienanfängerquote bei bis zu zwei Drittel der Bevölkerung liegt. Hinzu kommt, dass dort 80% der Studierenden eine staatliche Förderung erhalten. In den Niederlanden und der Schweiz werden die Gebühren mitberechnet, und die staatliche Fördersumme dem (höheren) Bedarf (aufgrund der Gebühren) angepasst.

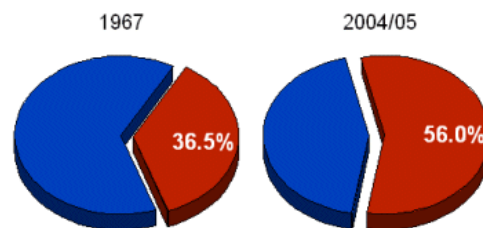
Das wird aber bei der Argumentation häufig unter den Tisch fallen gelassen. Es ist eine sonderbare Auffassung, die für die eigene Ziele notwendige Argumentation zu liefern, aber den Rest zu verschweigen.

04211: Schulabschlüsse in Deutschland 2003/4



Quelle: Statistisches Bundesamt. © Joachim Jahnke - <http://www.jjahnke.net/>

04109: Anteil der Abiturientinnen am Abiturabschluß



Quelle: Statistisches Bundesamt. © Joachim Jahnke - <http://www.jjahnke.net/>

Näher eingehen möchte ich auf die Franz-Kolland-Studie in Österreich zu den *Auswirkungen der Einführung von Studienbeiträgen auf die Studienbeteiligung und das Studienverhalten* aus dem Jahre 2002. Hierbei wurden Erstsemester, Studierende und Abbrecher an Universitäten (!) befragt. Erstaunlich ist die Wahrnehmung der Universität als Dienstleistung nach der Einführung von Studienbeiträgen.

Die Studierenden, vor allem aber die Erstsemester, erwarten durch die Zahlung von Studienbeiträgen ein besseres Studienangebot und eine bessere Serviceleistung. Angegeben wurde auch, dass durch die Studienbeiträge ein stärkerer finanzieller und zeitlicher Druck entstanden ist. Ein weiteres Ergebnis der Studie ist, dass es vor allem männliche Studierende mit niedriger sozialer Herkunft sind, die ihr Studium abbrechen. Weiter fand man durch die Studie heraus, dass männliche Studierende die ihr Studium abgebrochen haben, ein höheres Studienantrittsalter haben, und neben dem Studium einer Erwerbsarbeit nachgehen und kaum finanzielle Unterstützung durch die Eltern haben. Das alles zusammen bewirkt eine geringe Studienaktivität. Ein weiterer Punkt ist, dass die finanzielle Unterstützung durch das Elternhaus häufiger erfolgt, wenn diese ebenfalls eine höhere soziale Herkunft haben.

Eine These vor Beginn der Studie war, dass eine Erwerbsarbeit ungünstig für einen Studienerfolg bzw. Studienabschluss ist. Dies musste aber durch die Umfrageergebnisse korrigiert werden, denn es stellte sich heraus, dass Erwerbslose eher das Interesse am Studium verlieren und zum Abbruch neigen. Weitere Ergebnisse der Studie sind, dass die am häufigsten genannten Gründe für einen Abbruch, zeitlicher Druck zwischen Studium und Arbeit, sowie die Studienbeiträge sind. Es besteht im allgemeinen auch ein Zusammenhang zwischen den Studienfächern bzw. Studienfachbereichen und der Akzeptanz von Beiträgen. So ist ein signifikanter Unterschied zwischen sozial- und gesellschaftswissenschaftlichen Fächern und natur- und wirtschaftswissenschaftlichen Fächern zu erkennen. Außerdem ist die Akzeptanz von Studienbeiträgen abhängig von Geschlecht, Status und gewählter Fakultät. Die Akzeptanz von Studienbeiträgen ist außerdem höher, bei Studierenden, die durch ihr Studium ein gesellschaftliches Privileg erwarten, was von 25% der Befragten angegeben wird. Außerdem ist die Akzeptanz besonders bei weiblichen Studierenden gering, da eine höhere Präsenz der Studienbeiträge genannt wird. Das lässt darauf schließen, dass es sich um den Grund der geringeren Bezahlung im Verhältnis zu männlichen Erwerbstätigen handelt.



## Argument 4:

Es ist kein Geld da!

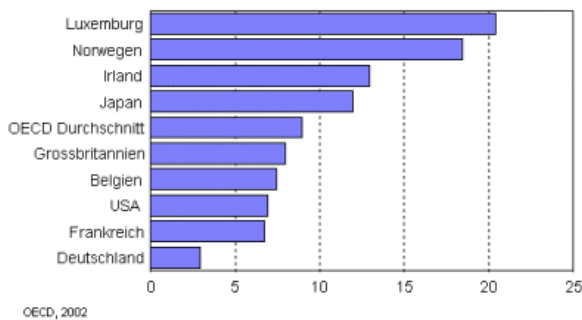
Die Gebührenbefürworter bringen dieses Standardargument um von den wirklichen Prioritäten in der Gesellschaft abzulenken. Die Argumentationskette geht soweit, dass ebenfalls gesagt wird, man jetzt den Gürtel enger schnallen müsse, weil man Jahrzehnte über die Verhältnisse gelebt hätte.

Der Grund für die immer genannten „leeren Kassen“ ist aber fehlender politischer Wille, eine expansive Bildungsfinanzierung zu Gunsten der Bevölkerung zu etablieren. Einhergehend damit ist ebenfalls die Privatisierungspolitik in den letzten Jahren. Dabei ist aus der Diskussion das Faktum, dass die Bildungsausgaben politisch entschieden werden, herausgehalten. „Leere Kassen“ sind kein Naturgesetz! Die Unterfinanzierung des Bildungswesens ist politische gewollt!

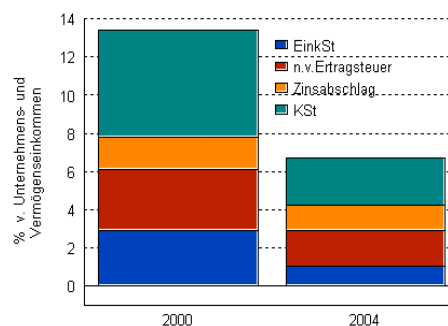
Da Bildungsausgaben steuerfinanziert sind, muss folglich auch ein Blick auf die Steuereinnahmen gerichtet werden. Diese sind seit 2000 auf ständigem Abwärtskurs. Das ist keine Neuigkeit, aber so stark wie in den vergangenen sechs Jahren sind Steuerausgaben in den vergangenen Jahrzehnten nicht gesunken. Auch im europäischen und internationalen Vergleich liegt Deutschland hinten. Im Gegensatz dazu steht der Gewinn der Unternehmen in Deutschland, der u.a. an gesunkenen Körperschafts-, Umsatz- und Gewerbesteuern liegt.

Außerdem, kann man an zahlreichen Tabellen und Statistiken ablesen, was Vorrang hat. So sei erwähnt, dass der Verteidigungshaushalt großzügiger als der Bildungshaushalt finanziert wird. So wird der Verteidigungshaushalt mit um die 24 Mrd. Euro, der Bildungshaushalt aber nur mit um die 8 Mrd. Euro finanziert.

03005: Körperschaftsteuer als Anteil am Gesamtsteueraufkommen



04093: Steuereinnahmenanteile nach Steuerarten



Zum Schluss kommend, muss ich noch darauf hinweisen, dass die Entwicklung der Studiengebühren nicht erst seit gestern im Gange ist. Aber seit die sechste Novelle des Hochschulrahmengesetzes (HRG, seit 2002 gültig) vom Bundesverfassungsgericht im Jahre 2005 durch eine Klage der unionsgeführten (CDU/CSU) Länder aufgehoben wurde, planen diese Länder die Einführung von allgemeinen Studiengebühren.

Die Argumentation von Seiten der hessischen Landesregierung Koch (CDU) zielt in eine andere Richtung, als die der Studierenden. Ich möchte die Bedeutung der Union klarmachen. Die Union (CDU/CSU) ist eine bürgerlich-konservative Partei, die nach dem zweiten Weltkrieg entstand. Durch ihr Mitglieder- und Wählerklientel deutlich bürgerlich-konservativ geprägt, ist sie für Menschen der mittleren- und oberen Schicht der Gesellschaft zur politischen Heimat geworden.

So ist beispielsweise das Argument des Wettbewerbsnachteils bzw. der Konkurrenzunfähigkeit CDU hausgemacht, dass durch aktuelle Debatten und Diskussionen oft falsch dargestellt wird, und dann logischerweise falsch verstanden wird.

Ist es möglich, dafür Sorge zu tragen, dass Gesellschaft-Politik-Staat nicht im Gegensatz zueinander stehen? Meines Erachtens ist es nicht nur möglich, sondern dringend nötig! Den hessischen Ministerpräsident Koch interessiert es nicht, ob durch die kommenden Gebühren Menschen nicht mehr die hierzulande so gelobte, hart erarbeitete Freiheit haben, den eigenen Lebenslauf dahingehend mitzugestalten und somit für viele unüberwindbare Mauern darstellt. Menschen hätten eine Option verloren, sich stetig weiterzubilden.

Wissen ist Macht, und muss deshalb eingeschränkt werden, um die bisherigen Machtverhältnisse zu sichern. Diesen Eindruck kann man jedenfalls haben.

Studiengebühren waren immer ein Gesprächsthema für Studierenden- und Schülerschaft, Lehrende, Familien, für die Gesellschaft schlechthin. Aber es bedarf immer auch einer aktuellen Brisanz um ein Thema medientauglich für die eigenen Ziele zu nutzen. „Immer häufiger finden sich Aussagen wie folgende von Hans-Olaf Henkel, [...] (BDI): „Mehr als 20 Jahre sind nun alle Argumente hin und her gewälzt worden. Brauchbare Modelle liegen längst auf dem Tisch, vom Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft ebenso von Bündnis 90/Die Grünen. Die Mehrheit der Bevölkerung ist lange dafür – übrigens auch die Mehrheit der Studenten. Wann handeln die verantwortlichen Politiker endlich?“ (Welt am Sonntag, 30. Mai 1999) Dieses Zitat illustriert die [...] Auseinandersetzung um Studiengebühren: Gemäß den Spielregeln des politischen Lobbyismus soll mit inhaltlichen Nullaussagen Handlungsdruck suggeriert werden.“ (S. 3, Argumente gegen Studiengebühren, Schriftenreihe des ABS, Heft 2, 6. Auflage, Juni 2005)

Man muss sich heutzutage Fragen, ob man sich in dieser Gesellschaftsordnung wiederfindet, oder ob man anstelle der reinen Ökonomisierung und Machterhaltung, sprich dem Kapitalismus, die sozial-ethischen Werte wie im (demokratischen) Sozialismus die Gesellschaft bestimmen sollten.

Albert Einstein hatte schon früh erkannt, dass es eine Entwicklung weg vom Sozialstaat durch den Kapitalismus gibt. Und das im Jahre 1949. Er beschreibt und skizziert den Weg der damaligen Gesellschaft in seinem Essay: „Warum Sozialismus?“ Noch früher Beschrieb Karl Marx ebendiese Entwicklung mit dem kommunistischen Manifest. Beide waren ihrer Zeit, jeder für sich, weit voraus.



Heutzutage gibt es ebensolche gesellschaftlichen Skizzen, und man müsste jetzt Erkenntnis bzw. Einsicht haben und den Bildungsbereich im eigentlichen Sinn zu reformieren (Reform – Neuordnung, Umgestaltung,; Duden-Fremdwörterbuch, 4. Auflage, Mannheim 2002). Aber das allein wird ohne Erfolg bleiben, denn es braucht eine gesamtgesellschaftliche Veränderung um den Sozialstaat als solchen zu erhalten. Linke Parteien und Gruppen haben immer die Grundidee des Studierens, des freien und selbstbestimmten Lernens betont. Weitergehend wollten sie eine offenere, sozialere, friedlichere, basisdemokratische, antifaschistische Gesellschaft. Und um dies zu erreichen, muss man sich mit Kernfragen, wie z.B. die Fragestellung dieser Arbeit, beschäftigen, um diese Gesellschaft zu erreichen.

## Literatur:

- Luhmann, Niklas – Die Politik der Gesellschaft (Frankfurt 2000)
- Luhmann, Niklas – Einführung in die Theorie der Gesellschaft (Darmstadt 2005)
- Einstein, Albert – Warum Sozialismus  
<http://www.sozialistische-klassiker.org/Einstein/Einstein02.html>
- Marx, Karl – Das Manifest der Kommunistischen Partei  
[http://www.mlwerke.de/me/me04/me04\\_459.htm](http://www.mlwerke.de/me/me04/me04_459.htm)
- Aktionsbündnis gegen Studiengebühren (ABS) – Argumente gegen Studiengebühren  
<http://www.abs-bund.de/argumente/studiengebuehren/>
- Kolland-Studie zu Studiengebühren in Österreich  
<http://www.abs-bund.de/downloads/abs-material/>

## Grafiken:

- Grafik 1: Studiengebühren in Deutschland  
<http://www.abi-magazin.de/rubrik/sonderrubrik20060402.jsp>
- Grafik 2: Chancen ungleich verteilt  
[http://www.parietaet-lsa.de/pariweb/index.php?article\\_id=284](http://www.parietaet-lsa.de/pariweb/index.php?article_id=284)
- Grafik 3: Mehr Studenten / weniger Mittel  
[http://www.macalester.edu/german/g305gisela/Studium\\_Grafiken.html](http://www.macalester.edu/german/g305gisela/Studium_Grafiken.html)
- Grafik 4: Bildungsvergleich  
[www.ulricianum-aurich.de/schule/oecd\\_fr\\_2005.htm](http://www.ulricianum-aurich.de/schule/oecd_fr_2005.htm)
- Grafik 5: Massive Schieflage  
[www.einblick.dgb.de/archiv/0503/gf050304.htm](http://www.einblick.dgb.de/archiv/0503/gf050304.htm)
- Grafik 6: 04211: Schulabschlüsse  
<http://www.jjahnke.net/niedqual.html>
- Grafik 7: 04109: Abiturabschluss  
<http://www.jjahnke.net/bildung.html>
- Grafik 8: Haushalt 2004 (Entwurf)
- Grafik 9: 03005: Körperschaftssteuer  
<http://www.jjahnke.net/steuern.html>
- Grafik 10: 04093: Steuereinnahmenanteile  
<http://www.jjahnke.net/steuern.html>